

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

Lokale erinnerungskulturelle Initiativen in Huchting, Grolland und in der Neustadt unterstützen

Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften – und zwar konsequent und nachhaltig, durch eine gelebte, vielfältige Erinnerungskultur. Ein gesellschaftliches Erinnern insbesondere an das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus ist niemals abgeschlossen und heute, in einer Zeit mit immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, wichtiger denn je.

Eine aktive, zeitgemäße Erinnerungskultur lebt durch ganz unterschiedliche Projekte. Neben Gedenk- und Informationsveranstaltungen, Bildungsprojekten, wissenschaftlichen und künstlerischen Auseinandersetzungen, Archiven und Ausstellungen, manifestiert sich Gedenken und Erinnerung im Stadtbild durch konkrete Erinnerungsorte. Oft wird dabei an authentischen Orten erinnert. Teilweise befindet sich an diesen Orten noch bauliche Substanz, die auf unterschiedliche Art und Weise einbezogen, aufgearbeitet und umgenutzt werden kann. An anderen Orten hat sich das Stadtbild im Laufe der Zeit stark verändert und bauliche Anlagen sind verschwunden. Dennoch kann auch an solchen Orten ein Erinnern stattfinden.

In vielen Bremer Stadtteilen gibt es ehrenamtlich Engagierte, die sich in Gesprächskreisen, Initiativen und Vereinen mit der Geschichte ihres Stadtteils aktiv auseinandersetzen und ein wichtiger Teil einer gelebten Erinnerungskultur Bremens sind. Aus diesem Engagement entstehen konkrete Projekte vor Ort, deren Umsetzung oft auch politisch von den jeweiligen Stadtteilbeiräten unterstützt wird.

In dem Bremer Stadtteil Huchting und dem dazugehörenden Ortsteil Grolland ist ein lebhafter lokalhistorischer Austausch in der Zivilgesellschaft entstanden. Hierzu gehören die Publikationen von Andreas Fetchenhauer und Gerwin Möller. Es bildete sich zudem bei der Siedlergemeinschaft „Grolland I“ ein Gesprächskreis, in dem sich regelmäßig mit verschiedenen Aspekten und Perioden der Ortsteilgeschichte auseinandergesetzt wird. Die das Ortsbild noch heute prägende Siedlungsstruktur Grollands entstand in den 1930er Jahren, so dass die Zeit des Nationalsozialismus integraler Bestandteil dieser lokalhistorischen Befassung und Aufarbeitung ist. In Huchting und Grolland gibt es bisher jedoch keinen Erinnerungsort.

Die Grollander Initiative möchte das nun ändern. Sie identifizierte ein zeitauthentisches Areal am rechten Ufer der Grollander Ochtum. Hier befand sich während des Zweiten Weltkriegs unter dem NS-Regime ein Kriegsgefangenen- und Arbeitslager, dessen bauliche

Substanz jedoch nicht mehr erhalten ist. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion bis zur Befreiung Bremens wurden dort hauptsächlich sowjetische Kriegsgefangene inhaftiert, um Zwangsarbeit zu verrichten. In den sogenannten „Russenslagern“ herrschten regelmäßig menschenunwürdige Lebensbedingungen. Die Gefangenen wurden u. a. in Bremer Rüstungsbetrieben zur Zwangsarbeit eingesetzt. Grollander Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erinnern sich außerdem, dass die sowjetischen Gefangenen zur Beseitigung von Trümmern und Bombenschäden sowie zum lebensgefährlichen Räumen von Blindgängern in Grolland eingesetzt wurden.

Formal gehört dieses Areal zum Stadtteil Neustadt. Auch hier befassen sich viele Ehrenamtliche mit der Aufarbeitung insbesondere der nationalsozialistischen Vergangenheit ihres Stadtteils, so auch die „Geschichtsrunde Leibnizplatz“ von der gleichnamigen Oberschule. Die Initiativen und Stadtteilbeiräte beschlossen gemeinsam, in der Nähe des ehemaligen Arbeitslagers eine Gedenktafel oder Stele zusammen mit Sitzmöglichkeiten aufzustellen. Die Beiräte einigten sich darauf, die hierfür anfallenden Kosten zu teilen. Gegebenenfalls fallen für die bauliche Herrichtung des Standortes jedoch zusätzliche Kosten an.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. als Zeichen der Wertschätzung für das zivilgesellschaftliche Engagement und die stadtteilübergreifende Zusammenarbeit, nach Einbindung des Staatsarchivs, der Landeszentrale für politische Bildung und des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ in Bezug auf Art und Lage des von den Beiräten gewünschten Erinnerungsortes, sich an den Kosten für die bauliche Herrichtung eines Erinnerungsortes finanziell oder durch den entsprechenden kostenfreien Einsatz kommunaler Einrichtungen zu beteiligen.
2. die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in Grolland, Huchting und in der Neustadt bei Bedarf durch das bestehende erinnerungskulturelle Netzwerk der Stadt zu beraten und zu unterstützen.

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Kai Wargalla, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE